

Manfred Ohm
6/2005 (III 9)

texte@manfred-ohm.eu

Hinweise zur Formbestimmung des postkolonialen (afrikanischen) Staates¹ Oder: *Warum autoritäre Herrschaftsstrukturen und politische Instabilität die Hauptmerkmale fast aller schwarzafrikanischen Gesellschaften sind und es einen Staat im eigentlichen Sinne nicht gibt, der in der Lage wäre, Entwicklungsblockaden aufzubrechen.*

Bevor ich Thierry Michalons Antwort auf die gestellte Frage vorstelle und problematisiere, zitiere ich eine längere Passage aus Clifford Geertz' neuestem Aufsatz (47 f.) mit dem Untertitel „Vom Fanal der Revolution zur postkolonialen Realitätsbewältigung“. Mit einem Gedankenexperiment führt Geertz dem Leser beschreibend vor Augen, welche Herausforderungen ein prototypischer neuer (nicht nur afrikanischer) Staat² der letzten Jahrhunderthälfte bestehen musste, nachdem er eben erst seine koloniale Vergangenheit abgelegt hatte und in eine Welt der „intensiven und erbitterten Großmachtkonflikte“ eintrat:

„Dieser neue Staat musste ein schwaches und zerrüttetes, ‚unterentwickeltes‘ Wirtschaftssystem auf neue Beine stellen oder umgestalten. Er musste Entwicklungshilfe an Land ziehen, das Wachstum anregen und politische Entscheidungen in allen Bereichen vom Handel über die Landreform und Fabrikarbeit bis hin zum Steuersystem fällen. Er musste eine Reihe von (zumindest vorgeblich) volkstümlichen und kulturell verständlichen politischen Institutionen umbauen oder neue schaffen, zu denen ein Präsidenten- oder Premierministeramt, ein Parlament, Parteien, Ministerien und Wahlen gehörten. Er musste den Gebrauch der Sprachen regeln, die Zuständigkeiten und Hoheiten der lokalen Verwaltung definieren sowie einem Strudel von ethnischen, religiösen, regionalen und rassischen Partikularismen ein umfassendes staatsbürgerliches Zusammengehörigkeitsgefühl, eine öffentliche und nationale Identität abringen. Er musste bei aller Vorsicht in der heiklen Frage des Verhältnisses zwischen Religion, Staat und weltlichem Leben Grundregeln festlegen. Er hatte professionelle Sicherheitskräfte auszubilden, auszurüsten und zu leiten. Er musste ein vielgestaltiges und an Tra-

¹ Diese Hinweise sind eine Ergänzung meines Skriptes ‚Metropolitanische Dominanz bzw. Hegemonie im globalen Kapitalismus – eine Literaturdurchsicht‘ (2003/2004).

² Zwischen 1945 und 1965 entstanden etwa 54 neue Staaten, zwischen 1965 und dem Ende des Jahrhunderts kamen 57 weitere dazu. Mit Geertz (46 f.) eine kurze, beschreibende Rückschau: In der Bandung-Ära entwarfen die charismatischen Helden und neuen Herrscher (beispielsweise Nehru, Sukarno, Nasser Nkrumah, Ben Bella, Ho) „Visionen von einem radikalen Nationalismus, von Neutralität im Kalten Krieg und vom gemeinsamen Widerstand gegen den westlichen Imperialismus, begleitet von großen Sprüngen in Richtung materiellen Fortschritts“ – applaudiert von ‚Zweieinhalb-Weltlern‘ wie Tschou En-lai, Tito und Castro. „Doch diese Welt musste zerfallen, sobald sich die Interessen als zu gegensätzlich, die historischen Erfahrungen als zu verschieden und die Weltanschauungen als zu unvereinbar erwiesen, um von ihr noch eingebunden zu werden.“ Eine Generation von provinziellen und gewaltbereiten Politikern übernahm die Führung (beispielsweise Bokassa, Suarto, Marcos, Mobuto, Gaddafi, Idi Amin). „Anstelle der Mobilisierung der Bevölkerung und des nationalen cheerleadings setzten sie auf Zwang und das Kalkül der Disziplinarherrschaft. Das war in erheblichem Maß ein Produkt des taktischen Spiels, der Allianzen mit den Großmächten und des Pokerns um Entwicklungshilfe, und es wurde erst möglich durch die Ausdehnung des Kalten Krieges über Europas Grenzen, durch sein Eindringen in entlegenste Regionen und sein Anheizen der dortigen Konflikte. Und doch waren diese Regime nur von kurzer Dauer.“ Die meisten heutigen Chefs der gar nicht mehr so neuen Staaten sind keine Miniatur-Leviathane oder Superstars der Weltbühne mehr, „sondern geeignete und gewiefte Manager der Politik“.

ditionen gebundenes Rechtswesen vereinheitlichen und kodifizieren sowie ein allgemein zugängliches System der Grundschulbildung aufbauen. Strategien gegen Analphabetismus, unkontrolliertes Wuchern der Städte und Armut waren gefordert. Der neue Staat musste nicht zuletzt mit Bevölkerungswachstum und –wanderung zu Rande kommen, die Gesundheitsversorgung modernisieren, Gefängnisse verwalten, Zölle erheben, Straßen bauen und eine Presse dirigieren. Doch mit all dem war erst der Anfang getan. Denn eine Außenpolitik musste ins Leben gerufen werden. Es galt, sich im ausufernden System der trans-, inter- und außernationalen Organisationen Mitsprache zu sichern. Die Haltung zur halb verhassten und halb geliebten, politisch zwar verabschiedeten, aber trotzdem keineswegs vergessenen Metropolenkultur in London, Paris, Amsterdam oder Madrid musste neu überdacht und das Erbe dieser Kultur reassimiliert werden, denn es war zumeist das einzige wenigstens Quasi-moderne, über das man verfügte. Das hieß unter anderem, aus einem aufrührerischen und reaktiven Nationalismus all dessen, ‚was wir nicht sind‘, und aus einer Ideologie der Separation ein überzeugendes Bild natürlicher und organischer Identität zu formen, denn es galt, eine historische Gemeinschaft zu bilden, die Kompromisse eingehen und sich entwickeln konnte und die zu pragmatischen Schulterschlüssen fähig war Es war eine aufregende Zeit. Kein Wunder, dass sie von Phasen der Misserfolge und des Zweifels, der umsturzartigen Rückfälle und oft genug von Ausbrüchen einer mörderischen Wut geprägt waren.“

Nun zu Michalons Thesen. Nach ihm haben autoritäre Herrschaftsstrukturen, politische Instabilität und ein nicht vorhandener Staat im eigentlichen Sinne ihren Grund darin, „dass es nicht gelungen ist, den afrikanischen Staaten den modernen Nationalstaat zu implantieren, also Staaten zu bilden, die in der Lage wären, Regeln für das gesamte Staatsgebiet zu erlassen und deren Einhaltung ohne Zwangsmittel zu gewährleisten. In afrikanischen Gesellschaften, die eher in ethnischen Gruppen unterteilt als nach sozialen Klassen stratifiziert sind, haben sich in der Vergangenheit alle demokratischen Modelle – ob an der amerikanischen, französischen oder britischen Variante orientiert – als unfähig erwiesen, der Staatsgewalt wirkliche Legitimität zu verleihen. Zumal die Grundbegriffe des modernen Staates – juristische Person, Mehrheitsdemokratie sowie allgemeine Geltung der Gesetze – den afrikanischen Kulturen weitgehend äußerlich geblieben sind.“ Die Idee der ‚juristischen Person‘ (unterschieden von der natürlichen Person beispielsweise eines Staatsoberhauptes), die Vorstellung von Regeln (die abstrakt-generelle Gültigkeit besitzen) und die Mechanismen der Mehrheitsdemokratie sind den afrikanischen Gesellschaften weitgehend fremd geblieben.³ Hier dominieren vielmehr die auf Sitte und Brauchtum basierenden Regeln regionaler Teilkulturen; die gesellschaftlichen Gruppen werden nach wie vor durch vertikale Formen der Solidarität zusammengehalten. Michalon verweist darauf, dass auf sogenannten Nationalkonferenzen in den 1990er Jahren demokratische Reformen zwar beschlossen wurden, deren Wirkungen jedoch „äußerst formell blieben, weil beim Mehrheitswahlrecht die Gruppierungen mit den meisten Par-

³ In den europäischen Ländern, so Michalon (ebd.), „hatten sich demokratische, auf dem Mehrheitsprinzip basierende Mechanismen erst durchsetzen können, nachdem Industrialisierung und Verstädterung die alten Formen der innergemeinschaftlichen Solidarität mehr und mehr verdrängt hatten. Das Ergebnis war eine ausgeprägte, auf dem Wissen um Interessengegensätze basierende soziale und berufliche Stratifizierung: die Herausbildung sozialer Klassen. Die Gegensätze zwischen den Interessen einiger Weniger, die das freie Spiel des Marktes wollten, und der Übrigen, die über kollektive Bemühungen die dadurch entstandene Ungleichheit zu dämpfen versuchten, bildeten ein Jahrhundert lang den Motor des demokratischen Lebens. In diesem Prozess erlangten die staatlichen Institutionen samt der von ihnen erlassenen Regeln ihre politische Legitimität.“

lamentssitzen automatisch an die Macht gelangt, während alle anderen leer ausgehen. Hinter den Konflikten zwischen ‚ethnisch‘ homogenen Pseudoparteien bildet sich in Wahrheit ein System heraus, das die materiellen und symbolischen Ressourcen des Staates einer bestimmten ethnischen Gruppe zuschlägt, den anderen hingegen vorenthält. Mit der Folge, dass Letztere die Legitimität der Staatsmacht anzweifeln und die von ihr erlassenen Regeln und Gesetze ablehnen“ – was nicht zuletzt in afrikanischen Gesellschaften zu Bürgerkriegen geführt hat, die nicht selten Landesgrenzen überschritten.

Michalon favorisiert ein alternatives Modell, das zwischen den vorhandenen Gemeinschaften und staatlichen Institutionen für Durchlässigkeit sorgen kann. Die Lösung wäre nach ihm ein nicht am Mehrheitsprinzip orientiertes Demokratiemodell, wie es in den Niederlanden oder in der Schweiz praktiziert wird: die ‚Konsens‘- bzw. ‚Verhandlungsdemokratie‘.⁴ So sind beide europäischen Gesellschaften sehr stabil, haben sie doch ihre kulturelle Segmentierung institutionalisiert. „Die politischen Parteien verstehen sich erklärtermaßen mehr als Vertreter der kulturellen Gemeinschaften denn als Vertreter sozialer Klassen. Bei den Parlamentswahlen gilt das Verhältniswahlrecht. Die Regierung ist nicht politisch homogen, sondern ihrerseits nach dem Verhältnis der im Parlament vertretenen Gruppen zusammengesetzt. Die stark auf Konsens ausgerichtete Regierung bildet also gleichsam ein ‚Gewölbe‘ über den ‚Säulen‘ der verschiedenen Gemeinschaften.“

Nach Michalon könnte ein solches Modell der Zuteilung politischer Macht in Afrika auf fünf Elementen beruhen: „Erstens müssten qua Wahlmodus innerhalb der gesetzgebenden Versammlung die wichtigsten ethnischen Gemeinschaften proportional zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung vertreten sein. Zweitens könnte man eine breite Koalitionsregierung bilden, an der diese Gemeinschaften proportional zu ihrer Stärke im Parlament beteiligt wären. Drittens könnte die Verteilung öffentlicher Gelder und die der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen – und Positionen – nach demselben Proporz erfolgen. Viertens könnte man den Minderheiten ein Vetorecht zusprechen, sodass Entscheidungen einhellig, wie in afrikanischen Kulturen üblich, nach dem Konsensprinzip gefällt werden. Fünftens schließlich könnte man jeder der verschiedenen Gemeinschaften eine gewisse Autonomie bei der Behandlung ihrer eigenen Angelegenheiten zugestehen.“ Die Verwirklichung eines solchen institutionellen Systems ist laut Michalon allerdings an folgende Voraussetzungen geknüpft: Das Territorialgebiet muss von überschaubarer Größe und die konsensuale Form der Konfliktlösung fest in der Tradition verankert sein; den

⁴ Neben diesem Alternativmodell erwähnt Michalon die föderale Staatsform. Er verweist darauf, dass die Eliten im frankophonen Afrika dieses Modell immer abgelehnt haben, „zum einen weil es nicht dem französischen Vorbild entspricht, zum anderen weil es die Eliten in ihre jeweilige Herkunftsregion zurückverweisen würde“. Nach Diallo sollten föderale Strukturen innerhalb bestehender Grenzen und darüber hinaus entstehen. „Es gibt Völker wie die Fulbe, die von Mauretanien bis nach Sudan reichen, oder die Haussa in Nigeria, die auch in angrenzenden Ländern leben. Es wäre wichtig, dass man Grenzen durchlässiger macht, wie in Europa: freier Verkehr für Menschen und Güter. Die Grenzen Afrikas sind vielfach künstlich [von den Kolonialmächten gezogen worden] und berücksichtigen keine inneren Strukturen; die Bevölkerung akzeptiert sie nur widerwillig.“ – Dagegen wurde die relativ ethnisch homogene arabische Region nach dem I. Weltkrieg von den europäischen Siegermächten Frankreich und Großbritannien in ein Mosaik vieler Staaten aufgesplittet – auch dies gegen den Willen der arabischen Bevölkerung und trotz gegenteiliger Versprechungen ihnen gegenüber zu Kriegzeiten.

‚nationalen‘ Eliten muss es gelingen, das allgemeine Interesse über die Gruppenivalitäten zu stellen; in allen Bevölkerungsschichten muss das Nationalbewusstsein gestärkt werden; die jeweilige Regierung muss vor engstirniger Obstruktion durch ein ethnisch zersplittertes Parlament geschützt sein, was aber keinerlei Zensur legitimieren darf; die politische Gruppierungen müssen in den jeweiligen Gemeinschaften so verankert sein, dass sie als legitime Vertreter dieser gelten können; das Verfahren zur Wahl des Staatsoberhauptes muss so beschaffen sein, dass dieser nicht die Macht an sich reißen kann, es muss eine jährliche Rotation des Präsidentenamtes vorsehen.

Demokratie, so Michalon abschließend, habe sehr viel mit der Anerkennung der realen kollektiven Konflikte innerhalb der Gesellschaften zu tun. „Die am Mehrheitsprinzip orientierte Demokratie, in der die Minderheit von der Machtausübung ausgeschlossen ist, setzt eine solide demokratische Kultur und einen allseits akzeptierten Gesellschaftsvertrag voraus. Demgegenüber scheint die Konsensdemokratie, in der die Machtausübung an den Konsens zwischen den Eliten der verschiedenen Gemeinschaften gebunden ist, besser zu den soziokulturellen Realitäten im heutigen Afrika zu passen.“

Michalons Aufforderung an die Eliten, den politischen Willen zur Implementierung einer ‚Konsensdemokratie‘ aufzubringen, klingt gut, bleibt aber rein appellativ. Der Mangel seiner Argumentation besteht darin, dass er die Gestalt des bürgerlichen Staates mit seiner spezifischen Form der Trennung von Politik und Ökonomie, die ein Funktionserfordernis der kapitalistischen Ökonomie ist, nicht ausreichend fasst. Die von ihm favorisierte funktionierende bürgerliche ‚Konsens- bzw. Verhandlungsdemokratie‘ (in der Schweiz und in den Niederlanden) hat genauso wie die ‚Mehrheitsdemokratie‘ dieses Erfordernis zur Voraussetzung. Was in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften herrscht ist laut Marx (MEW 23: 189 f.) Kontraktfreiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, Privateigentum und eine als legitim anerkannte Nutzenorientierung der Tauschpartner. Der relativ autonome bürgerliche Staat hat die Aufgabe und das Monopol, diese Grundlagen zu sichern, sozusagen als (herrschaftsförmig strukturierte) Regulationsmacht oder, wie Engels (MEW 20: 260) es nennt, als „ideeller Gesamtkapitalist“ aufzutreten.⁵

⁵ Ich fülle mit Heinrich (2004: 204 ff.) die Formbestimmungen des bürgerlichen Staates ein wenig auf (sozusagen als Kontrastfolie zu den nachfolgenden Ausführungen zum postkolonialen Staat). „Die Interessen, die das Staatshandeln bestimmen, sind nicht einfach da und warten auf ihre Umsetzung ..., sie müssen überhaupt erst *konstituiert* werden. Alle staatlichen Maßnahmen sind umstritten, egal ob es um die konkrete Ausgestaltung des Rechtssystem, um die Sicherung der materiellen Bedingungen der Akkumulation oder um Art und Umfang sozialstaatlicher Leistungen geht. Jede Maßnahme bringt in der Regel für einige Kapitale (manchmal sogar für alle) Nachteile mit sich, für andere Vorteile Worin das kapitalistische Gesamtinteresse besteht, auf welche Herausforderungen der Staat reagieren sollte und in welcher Art und Weise – alles das muss immer wieder neu herausgefunden werden. Die staatliche Politik setzt eine beständige *Ermittlung dieses Gesamtinteresses* und der *Maßnahmen* zu seiner Umsetzung voraus. Nicht selten gibt es unterschiedliche Möglichkeiten, wie das kapitalistische Gesamtinteresse verfolgt werden kann. *Alternative Strategien* sind möglich, so dass sich staatliche Politik nicht auf die einfache Umsetzung von Notwendigkeiten der kapitalistischen Ökonomie reduzieren lässt. ... Die staatliche Politik setzt aber nicht nur einen Konsens innerhalb der wichtigsten Kapitalfraktionen über das kapitalistische Gesamtinteresse voraus. Diese Politik muss auch gegenüber den unteren Klassen *legitimiert* werden; auch von ihnen ist ein bestimmtes Maß an Konsens notwendig. Nur dann ist gewährleistet, dass sie durch ihre soziale Praxis die Reproduktion der kapitalistischen Verhältnisse nicht stören ... ; (...) die Interessen der unteren Klassen – ihre Interessen *innerhalb* des Kapitalismus, d.h. ihre Interessen an einer besseren Existenz als Lohnarbeiter – müssen

In den weitaus meisten afrikanischen Gesellschaften, Gerhard Hauck (2001, 2004) kennzeichnet sie als „pfründenkapitalistische“, ist die besagte Trennung von Politik (Staat) und Ökonomie (Markt) nicht gegeben.⁶ Hauck (2004) schreibt: „Staatliche und parastaatliche Gewalt als Mittel der Gewinnakkumulation ist ebenso gebräuchlich wie Geld als Mittel zum Kauf von Rechten (...) Der Staat hat das große Geld, er ist zur primären ... Akkumulationsquelle geworden – was ... an staatlichen Ölrenten liegt, anderswo an Bergwerks- oder sonstigen Renten⁷, allüberall daran, dass er die privilegierte Empfangs- und Verteilungsinstanz von Entwicklungshilfegeldern ist. Dieser staatliche Geldreichtum wurde jedoch schon früher nirgendwo zur Gänze und selten zum größten Teil in staatliche Produktionsanlagen gesteckt; seit den Privatisierungsprogrammen des IWF geschieht dies schon gar nicht mehr. Der bei weitem größte Teil wird vielmehr regelmäßig in ungezählten ‚Contracts‘ an private Unternehmer vergeben für Entwicklungsprojekte – deren effektive Durchführung kein Mensch kontrollieren kann: Staatspfründen für Privatkapitalisten! Staatliche Vergabeentscheidungen bestimmen über die Erwerbchancen der Unternehmer. Die Konsequenz ist, dass der interne ökonomische Konkurrenzkampf der Bourgeoisie in erster Linie als *Kampf um den Zugang zu politischer Entscheidungsmacht des Staatsapparates* geführt wird – und nicht über Effektivierung der Produktion mittels Investition.⁸ Auch deshalb verschwimmen die Grenzen zwischen Ökonomie und Politik. Weder über die private noch über die staatliche Nachfrage konnte sich die Bourgeoisie ein eigenes Akkumulationsfeld erobern, auf dem sie mit ihren ureigensten Mitteln in die Konkurrenz mit ihregleichen eintreten konnte. Was Wunder, dass sie auch wenig Interesse an der Etablierung eines aus den wirtschaftlichen Konkurrenzkämpfen herausgehaltenen, zwecks Sicherung der Rahmenbedingungen des Marktgeschehens – und das heißt: der Gewaltfreiheit der ökonomischen Abläufe – mit Regulierungsmacht ausgestatteten Staatsapparates entwickelten“ (Hauck 2004; Herv. MO).

„Das staatliche Gewaltmonopol ist damit ex definitione durchbrochen ...“, die Regulationsmacht des Staates schwach entwickelt, die „Akkumulationssicherungs-

zumindest soweit berücksichtigt werden, wie sie das kapitalistische Gesamtinteresse an einer gelingenden Akkumulation nicht ‚zu sehr‘ beeinträchtigen. (...) Die Auseinandersetzung über die verschiedenen politischen Maßnahmen und die unterschiedlichen Strategien, die Bildung von Konsens und Legitimation, die kapitalismuskonforme Integration von Interessen ... erfolgt sowohl innerhalb wie außerhalb der staatlichen Institutionen: in den Medien der *bürgerlichen Öffentlichkeit* ... ebenso wie in den *Institutionen demokratischer Willensbildung* Zwar kann Politik mit den Machtmitteln des Staates auch diktatorisch gegen eine Mehrheit der Bevölkerung durchgesetzt werden. Eine länger andauernde Ausschaltung demokratischer Institutionen und die Einschränkung von Presse- und Meinungsfreiheit bringt jedoch erhebliche materielle Kosten mit sich ... und stört zudem erheblich die Ermittlung des kapitalistischen Gesamtinteresses. Militärdiktaturen und Ähnliches sind in den entwickelten kapitalistischen Ländern deshalb eher die Ausnahme. Ein wesentliches Verfahren zur Herstellung von Legitimation wie auch eines kapitalismuskonformen Konsenses sind allgemeine, geheime und freie *Wahlen*.“ (Herv. im Original)

⁶ Wie auch in anderen postkolonialen Staaten und im ehemaligen Ostblock.

⁷ Siehe die Karte in LMd 7'04, S. 13: Energieträger und andere Rohstoffe. – Wegen des hohen Anteils von Staatseinnahmen aus der Grundrente sind die Machthaber kaum auf die Steuerzahlungen der Bürger angewiesen und glauben deshalb, ihnen auch keine Rechenschaft zu schulden – schlechtes Vorbild sind die Petro-Oligarchien in Nahost.

⁸ Einflussnahme auf politische Entscheidungsträger, sei es durch politischen Druck, durch Gewalt oder durch Bestechung, ist das Mittel der Wahl – „eine Situation, die treffend als ‚Privatisierung des Staates‘ bezeichnet wurde“ (Hauck 2001: 26).

macht“ dafür ungleich stärker – insofern kann generell von einem ‚schwachen Staat‘ keine Rede sein, wie vielfach vorschnell behauptet wird. Selbst die Gewinnung relativer Autonomie durch substaatliche Einheiten, bis hin zur Errichtung regionaler Gewaltmonopole, „muss die Akkumulationssicherungsmacht des Staates keineswegs notwendig stören, solange sich die Bosse dieser Einheiten irgend in den Block an der Macht⁹ integrieren lassen. Ihre Aktivitäten vermehren dann in der Summe dessen Aneignungschancen (ebd.).“¹⁰ Erst dann, wenn sich z.B. parasouveräne Machthaber oder Volksbewegungen von unten nicht integrieren lassen, tauchen Probleme auf; und nur wenn es dem staatlichen Repressionsapparat nicht gelingt, mit solchen Gruppen fertig zu werden, erst dann handelt es sich tatsächlich um schwache Staaten.¹¹

Der in den meisten afrikanischen Ländern herrschende Block an der Macht hat es nicht vermocht bzw. es lag nicht in seinem ureigensten Interesse, solche Formen des Kapitalismus herzustellen, die steigende Lebensstandards für die Massen generieren können – vor allem auf der Basis einer expandierenden Binnennachfrage nach im Inland hergestellten Produkten. Laut Robert H. Wade (: 199) kann als Faustregel gelten, „dass ein ineffizienter Produktionssektor immer noch besser ist als gar keiner. Für viele Ökonomien ist dies die einzige Möglichkeit, denn ein effizienter Produk-

⁹ Die Zusammensetzung des ‚Blocks an der Macht‘ (Gramsci), vor allem unter dem Gesichtspunkt der mangelhaften Trennung der Sphären von Politik und Ökonomie, lässt sich nach Hauck (ebd.) folgendermaßen darstellen: Hegemonial sind diejenigen, „die an den Schnittstellen zwischen staatlichen Allokationsentscheidungen und privater Investition sitzen“, d.h. 1. die politischen und bürokratischen Entscheidungsträger selbst; 2. diejenigen, die aufgrund ihrer politischen Machtstellung Einfluss auf jene nehmen können (traditionelle Herrscher, lokale Honoratioren, Parteibosse und Parasouveräne, die Entwicklungshilfegelder und Parlamentssitze erpressen können); 3. diejenigen, die ähnlichen Einfluss aufgrund ihrer wirtschaftlichen Machtstellung ausüben können und 4. diejenigen, die die Gelder (falls es nicht schon andere getan haben) dann tatsächlich in irgendwelche Unternehmungen stecken, die eigentlichen ‚Contractors‘. Die industrielle Bourgeoisie hingegen befindet sich gegenüber all diesen Gruppierungen genauso in einer subordinierten Position wie die technischen und administrativen Eliten in der industriellen Produktion. Gleiches gilt aber nicht für Aktienbesitzer und Teilhaber an Joint Ventures mit ausländischen Konzernen und auch nicht für Immobilienbesitzer und für den Handel. Hauck spricht allerdings nicht von unveränderlichen Kräfteverhältnissen, ist Hegemonie doch ständig umkämpft, auch zwischen den herrschenden Gruppierungen. „Selbst dass sich die industrielle Bourgeoisie einmal nach dem klassischen kapitalistischen Muster die Hegemonialposition erobern könnte ist nicht a priori auszuschließen.“ Dies würde jedoch eine revolutionäre Veränderung in mindestens den drei Bereichen Staatsapparat, Einkommens- und Eigentumsverhältnisse und im Verhältnis zu den ausländischen Konzernen voraussetzen. (Siehe Hauck 2001: 274 f.; zur Rolle der metropolitanen Konzerne und der internationalen Finanzinstitutionen auf dem afrikanischen Kontinent siehe ebd: 282 ff.)

¹⁰ Einen Regierungswechsel durch Wahlen müssen die einmal an die Macht gekommenen Gruppen allerdings bei Strafe ihres ökonomischen Untergangs zu vermeiden suchen – notfalls mit Gewalt. Umgekehrt stehen die im Kampf um die Regierungsmacht unterlegenen Gruppen vor der Alternative, entweder in die Opposition zu gehen und den Ausschluss aus dem System der Patronage und der Pfründen in Kauf zu nehmen, oder mit der herrschenden Partei zu verschmelzen oder in untergeordneter Stellung zu kooperieren. In den meisten Fällen war es die zweite Lösung, die man wählte – „eine Lösung, die wegen der Begrenztheit des zu verteilenden Kuchens allerdings nur in begrenztem Umfang, in effektiver Weise, nur solange dieser wächst, möglich ist“ (Hauck 2001: 179).

¹¹ Entgegen einem oberflächlichen Eindruck sind nach Hauck derartige Situationen, d.h. dass Gruppen die staatliche Akkumulationsmacht antasten, in Afrika „zumindest bis Mitte der 1990er Jahre eher selten“ – Beispiele: Niger, Tschad, der Südsudan, Äthiopien/Eritrea sowie die Sonderfälle Angola und Mosambik mit ihren südafrikagestützten Rebellenarmeen. „Selbst in Mobutos Zaire, in dem ... der Staat außerhalb Kinshasas nur ein ‚Mythos‘ war, war die Akkumulation des Blocks an der Macht nur ... kurzfristig wirklich gefährdet – und hier schufen die französischen Fallschirmspringerdivisionen Abhilfe ...“ (ebd.; bezogen auf einzelne Länder ausführlicher siehe Hauck 2001; siehe auch die Karte in LMD 7’04, S. 13: instabile Gebiete im subsaharischen Afrika).

tionssektor ist weit und breit nicht in Sicht.“ Bis heute hingegen haben die Mehrzahl der afrikanischen Entwicklungsländer diesen Weg nicht beschritten, sie suchen vielmehr auf dem Weltmarkt vornehmlich als Rohstofflieferanten und mit landwirtschaftlichen Verbrauchsgütern nach komparativen Vorteilen. Sie müssen allerdings seit den 1970er Jahren damit leben, dass vor allem Rohstoffe im Vergleich zu Fertigprodukten sehr stark auf dem Weltmarkt an Wert verloren haben. „Die Terms of Trade von ‚Non-fuel-commodities‘ (Nicht-Öl-Primärgüter) in Relation zu Industriegütern sind von 147 im Jahr 1980 auf 100 im Jahr 1985, auf 80 im Jahr 1990 und 71 im Jahr 1992 gefallen – eine Reduktion von 52% in nur zwölf Jahren. Ein Bericht der UNCED (Konferenz der UN zu Umwelt und Entwicklung) zeigte, dass in Afrika südlich der Sahara von 1980 bis 1989 die ToT um 28% gefallen sind, was zu einem Einkommensverlust von 16 Mrd US-\$ allein für das Jahr 1989 führte. In den 90er Jahren fielen die Primärgüterpreise im Verhältnis zu Industriegütern sogar noch stärker“ (BEIGEWUM: 42). Nach Kappel beträgt der Anteil an Fertigwaren am Außenhandel Afrikas lediglich 3%. Andere (ehemalige) ‚Entwicklungsländer‘, wie die sogenannten südostasiatischen Tigerstaaten (siehe Fußn. 52 in ‚Metropolitane Dominanz ...‘) und China, haben sich erst nach dem Basal-Aufbau ihrer nationalen Industrie dem Weltmarkt und freien Handel geöffnet.¹²

Wade (:199 f.) stellt die Frage, „wie sich die multilateralen Wirtschaftsorganisationen so umstrukturieren lassen, dass die ‚besondere und differenzierte Behandlung‘ von Entwicklungsländern wieder mehr Gewicht erhält als die Forderungen nach ‚Reziprozität‘ und ‚internationaler ‚best practice‘“. Die Regeln des internationalen Wirtschaftsregimes müssen es den Entwicklungsländern erlauben, die Importsubstitution durch Zölle, Subventionen und den Vorrang inländischer Firmen bei Regierungsaufträgen und ähnlichen Maßnahmen zu beschleunigen. Sie müssen zulassen, dass Entwicklungsländer zielgerichtet die Entwicklung von Verknüpfungen zwischen ortsansässigen Unternehmen und den Tochterfirmen multinationaler Gesellschaften unterstützen und dass sie konjunkturbedingten Kapitalflüssen Restriktionen auferlegen können. Das sind Punkte, für deren Durchsetzung sich die Repräsentanten der Entwicklungsländer in den internationalen Wirtschaftsorganisationen gemeinsam einsetzen sollten“ – erste Schritte in diese Richtung sind ja 2003 in Cancún gemacht worden (siehe Fußn. 48 in ‚Metropolitane Dominanz ...‘).

Literatur

BEIGEWUM (Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen, Hg.) 2005: Mythen der Ökonomie. Anleitung zur geistigen Selbstverteidigung in Wirtschaftsfragen. Hamburg

¹² So wird laut Wade (: 184) vielfach ignoriert, beispielsweise von der Weltbank, dass das schnelle Wachstum in diesen Ländern einsetzte, lange bevor sie ihren Handel liberalisierten. – An den Beispielen Südkorea und China wird überdies deutlich, dass nachholende, nachhaltige Entwicklung nicht unbedingt einen modernen bürgerlichen Nationalstaat zur Voraussetzung haben muss. – Welche innergesellschaftlichen (1) und globalen (2, d.h. insbesondere für das Gros der Entwicklungsländer) Zumutungen der Auf- und Ausbau der chinesischen Industrie bedeutet siehe dazu die Beiträge von Hilton (1) und Wade (2), S. 192 f..

DIALLO, Tirmiziou 2003: „Afrika hat eine radikalere demokratische Tradition als Europa“ (T.D. interviewt von Dominic Johnson)

In: *taz* 20.10.03

GEERTZ, Clifford 2005: Die Dritte Welt. Vom Fanal der Revolution zur postkolonialen Realitätsbewältigung

In: *LI Sommer '05*, S. 46-52

HAUCK, Gerhard 2001: Gesellschaft und Staat in Afrika. Ffm.

DERS. 2004: Schwache Staaten? Überlegungen zu einer fragwürdigen Kategorie

In: www.linksnet.de/drucksicht.php?id=1460 und ... [1461](#)

HEINRICH, Michael 2004: Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung. Stuttgart

HILTON, Isabel 2005: Made in China. Die Arbeiter von Guangdong in der globalen Produktionsschlacht

In: *LI Sommer '05*, S. 34-44

MICHALON, Thierry 2003: Konsensdemokratie als Modell: Sieben Säulen für Afrika

In: *LMd 12'03*, S. 3

WADE, Robert H. 2005: Über die Gründe global zunehmender Armut und Ungleichheit – oder warum der „Matthäus Effekt“ vorherrscht

In: *PROKLA 139*, 2'05, S. 179-202